

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 60 Pfennig. Bei Abnahme von 6 Monaten 7.50 und 3.60 Mark. Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 227.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 27. September 1930.

12. Jahrgang.

Nicht sorgen!

Nicht sorgen, nicht sorgen!
S'ist Einer, der kennt dein Morgen
und hat es schon bedacht.
Willst du's mit Ihm nicht wagen,
der dich bisher getragen
durch Sonnenschein und Nacht?
In seinen Händen geborgen:
Nicht sorgen, nicht sorgen!

M. Feesche.

Es werden Linien sichtbar!

In unserem Artikel in Nr. 221 des „Aufwärts“ haben wir die Stellungnahme des Grafen Westarp und Dr. Wirth in der Koalitionsfrage gegenübergestellt und nachgewiesen, daß Dr. Wirth eine Koalition mit den Nationalsozialisten im Namen des Zentrums und auch der Bayerischen Volkspartei strengstens ablehnt, während Graf Westarp umgekehrt eine Regierungsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie für seine Partei als ausgeschlossen betrachtet.

Wenn wir diesem Artikel die Ueberschrift geben: „Es werden Linien sichtbar“, so soll damit auf keinen Fall gesagt werden, daß wir der Frage der Koalitionsbildung wesentlich näher gekommen wären. Soweit sind wir noch nicht. Zunächst steht doch auch fest, daß Dr. Brüning mit seinem Programm der Sachlichkeit vor den Reichstag tritt und dann die Parteien entscheiden läßt, welche Stellung sie zu diesem Regierungsprogramm einnehmen werden. Damit wird die Notwendigkeit irgendeiner Koalitionsbildung um einige Zeit zurückgedrängt. Wenn trotzdem diese Frage täglich und stündlich erörtert wird, so darf man das Ergebnis solcher Erörterungen, selbst wenn es positiver Art zu sein scheint, nicht als Tatsache hinnehmen, da es besonders in solchen Fragen leicht über Nacht anders kommen kann. Die nachstehenden Zeilen haben deshalb nur den Zweck, die Leser des „Aufwärts“ von Zeit zu Zeit zu unterrichten über die weitere Entwicklung der Dinge.

Seit Graf Westarps und Dr. Wirths Stellungnahme hat sich einiges geändert. Selbstverständlich ist es in bezug auf die große Koalition mit der Sozialdemokratie bei einem klaren Nein des Grafen Westarp geblieben. Alle die Kreise, die diesem Politiker nahestehen, haben unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie keinesfalls daran denken, in irgendeiner Form mit der Sozialdemokratie eine Arbeitsgemeinschaft abzuschließen. Das klare Nein, welches Dr. Wirth für das Zentrum gegenüber den Nationalsozialisten ausgesprochen hat, etwas an Bedeutung verloren. Es ist durchgesickert, daß nicht alle maßgebenden Kreise des Zentrums sich hinter Dr. Wirth stellen, sondern man will abwarten, welche Möglichkeiten sich ergeben. Der Reichskanzler Dr. Brüning tut das Einzige, was er tun kann, er schweigt. Mag er noch so oft gefragt oder angezapft werden, mag der preussische Ministerpräsident Braun immer wieder wissen wollen, was Dr. Brüning zu tun gedenkt, es nützt alles nichts, der Reichskanzler schweigt. Jedenfalls stehen zur Zeit die Dinge so, daß man, ganz vorsichtig ausgedrückt, sagen kann, daß der Weg zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten, soweit das Zentrum dabei in Frage kommt, noch nicht verbaut ist. Und das ist gut so. Die Sozialdemokraten, durch die Äußerungen Dr. Wirths stark ermutigt, fangen nämlich an, sich aufs hohe Pferd zu setzen und dem Zentrum Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu stellen, die zum mindesten von sehr starkem Selbstbewußtsein zeugen. Im „Vorwärts“ stehen folgende Forderungen zu lesen:

„Eine starke entschieden republikanische Staatsgewalt, die jede Sorge vor einem gewalttätigen Ueberraschungsstreich des Faschismus beseitigt, ist die erste Forderung des Tages. Eine weitere Forderung ist die, daß die auf Grund des Artikels 48 geschaffenen Bestimmungen schlenkern durch Gesetze ersetzt werden, die vom Reichstag ordnungsgemäß zu erledigen sind. Diese Gesetze werden auch in vielem einen ganz anderen Inhalt haben müssen (!) als die Verordnungen, die besonders nach ihrer sozialen Seite hin gänzlich unhaltbar sind. Zum dritten ist von jeder Reichsregierung zu verlangen, daß sie den Angriffen des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur jede Unterstützung verweigert, sondern ihnen kräftig entgegentritt. So wie auch einer Handelspolitik tatkräftig entgegenzuwirken werden muß, die Deutschland vom Weltmarkt abschneuert, so muß auch eine Lohnpolitik bekämpft werden, die zu einer Verödung des

Innenmarktes führt und damit die Wirtschaftskrise verewigt.“

Diese anmaßenden Töne sind im Zentrum unbehaglich empfunden worden. Das führende Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, legt Wert darauf, den Sozialisten klar zu machen, daß sie gar keine Ursache haben, auf so hohem Pferde zu reiten, da die taktische Schlüsselstellung der Sozialdemokraten auf sehr schwachen Füßen stehe. Die „Germania“ schreibt:

„... da gibt es nach der Wahl zwei Schlüssel: Der andere ist die Wirtschaftspartei. Ohne sie hat die Große Koalition keine Mehrheit mehr. Für diese Kombination hat die Sozialdemokratie die Schlüsselstellung am 14. September verloren, als sie die zu dieser Koalition fehlenden zehn Mandate an die Kommunisten abgegeben hat. Wenn schon Betrachtungen darüber angestellt werden, dann ist die Voraussetzung dafür die, daß wir von dem Rothern der Partei hinabsteigen in das reale und kalte Gebiet der Zahlen. Wenn die Sozialdemokratie sich aber der Regierung Brüning gegenüber in der Schlüsselstellung glaubt, dann muß sie ihre Stellung trotz alledem davon abhängig machen, ob sie einen geordneten Kurs will oder die Katastrophe vorzieht, die sie doch vergibt zu bekämpfen. Für extreme Parteierwägungen bleibt da kein Raum.“

Die „Germania“ führt dann weiter aus:

„... Man hat die Wahlen Protestwahlen genannt. Und es läßt sich nicht leugnen, daß diese Kennzeichnung sehr viel für sich hat. Es scheint wirklich, als ob irgendein Protestwille die meisten Nichtwähler zur Wahlurne getrieben hat, und es ist auch weiter nicht verwunderlich, daß sich dieser Protestwille auf die Seite des Radikalismus geschlagen hat. Protest ist Opposition — und die Schreier haben ihr möglichstes getan, um diese Protestler einzufangen. Erster aber ist schon die Frage: Protest gegen wen und gegen was? Gegen das System? Gegen den Staat? Wir glauben nicht, daß die zur radikalen Rechten abmaršierten Wähler eine staatsfeindliche Tendenz zum Ausdruck haben bringen wollen. Denn die Nichtwähler, aus denen sich wohl in der Hauptsache die Stimmen der Nationalsozialisten rekrutieren, sind im allgemeinen die ruhigsten Staatsbürger. Umsturz und Unruhe liegt ihnen fern. Protest aber sicherlich gegen die politischen Methoden, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, und Protest gegen das parlamentarische Ränkepiel. Protest gegen die Wirtschaftskrise, die den einzelnen hart angefaßt hat, und Protest gegen die immer mehr zunehmende Zermürbung des bürgerlichen Mittelstandes. Protest gegen außenpolitische Schikanierungen und gegen die Auflösung der inneren Parteivirtschaft und nicht zuletzt ein Protest gegen die Skandale und Schandälchen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben.“

Diesen Ausführungen des Zentrumsblattes ist zu entnehmen, daß man im Zentrum nicht geneigt ist, die Koalitionsfähigkeit der Nationalsozialisten ohne weiteres zu verneinen, oder mit der der linksstehenden Parteien in einen Topf zu werfen. Wenn die Sozialdemokratie Ohren hat zu hören, dann kann sie aus den Ausführungen der „Germania“ herauslesen: Wir können auch anders! Wir möchten meinen, daß diese Ausführungen gegenüber dem „Nein“ des Herrn Dr. Wirth einen kleinen stimmungsgemäßen Fortschritt nach rechts darstellen.

Ob aber die Nationalsozialisten bereit sind, in eine Regierungskoalition hineinzugehen? Auch bei ihnen erleben wir, daß gegenüber den am Abend der Wahl ausgesprochenen bombastischen Forderungen etwas mehr Besonnenheit in den Vordergrund getreten ist.

Ebenso wie der Reichskanzler, schweigt auch Adolf Hitler über seine nächsten Pläne. Er hat es auch seinen Getreuen verboten, sich irgendwie darüber zu äußern. Hitler selbst scheint sich vollständig darüber im klaren zu sein, daß die Nationalsozialisten mit ihrem ungeheuren Wahlerfolg in eine wenig beneidenswerte Lage gekommen sind. Nimmt man an der Regierung teil — das wissen jene Kreise ganz genau — dann wird sehr viel von dem nationalsozialistischen Programm abgestrichen werden müssen, wenn man sachliche und praktische mögliche Arbeit leisten will. Der Erfolg ist dann eine Enttäuschung der Wähler, die am Abend der Wahlen gehofft haben, daß nunmehr etwas Gründliches und Positives geschehen würde. Geht man nicht in die Regierung, um ungestört fruchtlose Opposition treiben zu können, dann werden die Wähler enttäuscht sein und nicht verstehen wollen, weshalb und wieso man mit 107 Abgeordneten nicht versucht, Einfluß auf den Gang der Regierungsmaschine zu gewinnen. Ueber dieses Problem denkt Hitler zur Zeit in den Bergen nach, um dann, wenn

es ihm geeignet erscheint, der wartenden Mitwelt zu sagen, was er zu tun gedenkt.

Alles zusammengekommen kann man aus den vielen sich widersprechenden Nachrichten sagen, daß die sichtbar gewordene Linie des Grafen Westarp unumstößlich bei ihm bleibt, daß aber im Zentrum eine Linie kommender Möglichkeiten nach rechts in die Erscheinung tritt, während die Sozialdemokraten weiter fordern und bitten, sie in Gnaden wieder aufzunehmen und endlich Adolf Hitler bei weitem nicht daran denkt, ein Nein auszusprechen, aber vorsichtiges Schweigen als den besseren Teil der Weisheit ansieht.

W. W.

Ausland und Reichstagswahl.

In der Aufwärts-Nummer 225 stand ein Aufsatz zu lesen: „Die Reichstagswahlen im ausländischen Lichte“. Man hätte erwarten können, daß unter dieser Ueberschrift den Pressestimmen verschiedener Auslands-Staaten Rechnung getragen würde. Da dies aber ganz und gar nicht der Fall war, sondern lediglich den Äußerungen der französischen Presse Gehör verschafft wurde, so ergab sich naturgemäß ein ganz schiefes Bild über das tatsächliche Urteil des Auslandes über die deutschen Wahlen. Daß die Franzosen und die Allsteins, Roffe- und Stampferpresse mit ihnen vor einem Wiedererwachen des deutschen Freiheitswillens das Zittern bekommen, ist ganz selbstverständlich. Und daß diese Kreise daher das Ergebnis des 14. September als eine „Katastrophe“ und dergl. bezeichnen, ist vielleicht der beste Beweis dafür, daß der 14. September für das deutsche Volk zumindest eine Hoffnung bedeutet.

Daß das übrige Ausland durchaus nicht so verniehend über das deutsche Wahlergebnis urteilt, wie uns das die Allsteins, Roffe- und Stampferzeitungen vorzumachen versuchen, geht aus folgenden Belegen hervor, die wir als notwendige Ergänzung zu dem Aufsatz in Nr. 225 bringen.

Zuerst ein Ausspruch Mussolinis, der sich im Befehlsblatt der faschistischen Partei findet:

„Die Generationen des 20. Jahrhunderts sind bezaubert von nur zwei neuen politischen Systemen, die es in der Welt gibt: dem Faschismus und dem Bolschewismus. Die Alternative zeichnet sich immer deutlicher und dramatischer am Horizonte ab. Die Wahlen des 14. September, die im Zeichen Hitlers stattfanden, bestätigen das. Deutschland ist im Begriff, sich zu entscheiden und hat inzwischen sein erregtes Gesicht, aber gleichzeitig auch seinen festen, tiefen, unbewingbaren Geist gezeigt. Gibt es noch jemand, der träumt, er könne ihn auslöschen? Gibt es noch jemand, der glaubt, daß der Youngplan genau im Jahre 1938 ablaufen wird und daß die Verträge auf ewige Zeiten bestehen werden? — Die stürmische nationale Erhebung Deutschlands interessiert uns! Die Annahme, die hier und da besprochen wird von einem kommunistischen Vorläufer, erschreckt uns nicht im geringsten. Das faschistische Italien täuscht sich nicht. Es bereitet sich vor!“

Sogar die englischen „Times“ schrieben im Anschluß an die Münchener Hitler-Rede:

„Falls Hitler die Absichten seiner Partei richtig darstellt, klärt sich die Lage ganz erheblich. In seinen Worten drückt sich der Geist seiner Partei aus, die ihm zum Erfolg verholfen hat, und seine Ausführungen lassen vermuten, daß er in diesem Geiste das Reich in richtige und nützliche Wege leiten wird.“ Auch der Finanzredakteur der „Times“ bemerkt ausdrücklich, daß „kein Grund zu der Annahme besteht, daß die deutschen Wertpapiere jetzt weniger gut gesichert seien als vor der Wahl“.

Die „Saturday Review“ schreibt im Hinblick auf die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Regierung: „Die Regierungsform, die so wirksam zum Wiederaufbau Italiens beigetragen hat, kann sehr wohl einen ebenso förderlichen Einfluß auch auf das Los Deutschlands ausüben. Das parlamentarische System des Deutschen Reiches liegt seit mehreren Jahren am Boden. Ebenso wie in Italien und Spanien hat es keine tiefen Wurzeln in Deutschland.“

Das italienische Abendblatt „Gera“ gibt der Meinung Ausdruck, der Sieg der Nationalsozialisten brandmarkte Frankreich als den Hauptverantwortlichen der gegenwärtigen chaotischen internationalen Lage. Die Verantwortung Frankreichs sei schrecklich, und die Politik des Quai d'Orsay stürze endgültig mit

ihrer Kartenhäusern von Locarno und Paneuropa zusammen.

Mit einer Stellungnahme der amerikanischen Searst-Presse, die bezeichnenderweise in gewissen deutschen Zeitungen bewußt togeschwiegen wird, wollen wir schließen. Searst, dessen Einfluß sich über rund dreißig der bedeutendsten amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften erstreckt, schreibt im Anschluß auf das Ergebnis des 14. September folgendes:

„Eine Gefahr, die jetzt selbst Halbblinde sehen, hätte Europa schon lange vorher erkennen sollen. Der Versailleser Vertrag, der dazu bestimmt war, die deutsche Nation verbluten zu lassen, ist ebenso dumm wie brutal. Er saugt alljährlich in Hunderten von Goldmillionen das Lebensmark aus der deutschen Industrie. Er bedeutet lange Arbeitszeit für jeden Deutschen, Entmutigung für Volk und Einzelnen. Keine Nation wird das auf die Dauer aushalten, keine kann es aushalten. Wenn die Alliierten in Versailles mit voller Ueberlegung die Volkshewisierung Deutschlands geplant hätten, hätten sie es nicht besser und erfolgreicher tun können. Jetzt ist es an der Zeit, die Torheit und das Verbrechen des Versailleser Vertrages ungeschehen zu machen und die schwere, untragbare Last vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen. Es wird zu spät sein, wenn sich Deutschland wirklich Rußland und der bolschewistischen Politik zuwendet.“

Krieg oder Frieden zwischen Staat und Volkstum?

Zum Kampf um die Rechte der Minderheiten.

Durch Deutschlands Vorstoß in der Frage der nationalen Minderheiten auf der Völkerbundstagung in Genf ist diese Frage in lebhaftesten Fluß gekommen. Es handelt sich hier um ein Problem der europäischen Politik, bei dessen Behandlung sich deutlich die Geister scheiden. Auf der einen Seite — Frankreich, Tschechoslowakei, Polen — will man die Frage der nationalen Minderheiten als geringfügig hinstellen; auf der anderen — Deutschland, Ungarn — mißt man ihr höchste Wichtigkeit bei, nicht nur für die Wirtsländer und ihre Minderheiten allein, sondern auch für Ruhe und Frieden von ganz Europa. Das Problem der nationalen Minderheiten berührt Grundfragen des heutigen Staatensystems und der bisherigen Anschauungen von Wesen und Recht der Staaten. Seitdem von den Siegermächten in den verschiedenen Friedensdikтата vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen gesprochen worden ist, ist die Frage der Minderheiten zu einer internationalen Angelegenheit geworden, von deren Lösung oder Nichtlösung das ethische Werturteil über den jeweiligen Wirtsländer und den Völkerbund ganz wesentlich abhängen muß. Raum auf einem anderen Gebiete des Staats- und Völkerlebens zeigt sich so deutlich die schlimme Luft zwischen dem natürlichen allgemeinen Rechtsempfinden und den nationalitätsegoistischen Machtinteressen einzelner politischer Führer oder Gruppen.

Den Vertretern des Machtstaates ist der Gedanke ganz fremd, daß es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß eine völkische Minderheit das Recht hätte, nach ihrer Art und Ueberlieferung zu leben. Solche „Kulturautonomie“ müßte das Mindestmaß von Rechten

sein, die ein Wirtsländer in seinem Raume wohnenden Minderheiten zu gewähren hätte. Politische Selbstverwaltung im Rahmen des Gesamtstaates, ja sogar völlige Freiheit auf Grund einer unbeeinflussten Volksabstimmung sind höhere Grade von Minderheitenrechten, die sich freilich oft genug aus wirtschaftlichen oder siedlungsgeographischen Gründen bei gutem Willen des Wirtsländerstaates nicht einmal verwirklichen lassen würden. Immer aber tut der Wirtsländer gut daran, die kulturellen Rechte seiner Minderheiten zu sichern: er gewinnt damit loyale und zufriedene Staatsbürger, die aktiv am Wohl des Gesamtstaates mitarbeiten wollen. Es scheint indessen fast, als wenn Gedankengänge von solcher Einfachheit in der Politik keine Berechtigung hätten, sonst müßte die Lage der Minderheiten längst anders und damit die Lage des zerrissenen Europa besser geworden sein. Wie aber die Lage der Minderheiten wirklich ist, lesen wir fast täglich in unseren Zeitungen, hören wir aus den Verhandlungen der regelmäßigen Minderheitenkongresse und haben wir in diesen Tagen wieder in krasser Deutlichkeit aus den Genfer Verhandlungen erfahren. Briand und seine Anhänger im Lager der Kleinen Entente wünschen nichts als ein Aufgehen der Minderheiten in der „Union nationale“ des betreffenden Wirtsländerstaates, deshalb will man ihnen nur die aller unumgänglichsten Rechte gewähren, und auch diese nur nach beständigem zähem Kampfe. Man hofft eben darauf, daß solcher Kampf auf die Dauer zermürbend wirkt und die Minderheit dazu bringt, ihr Volkstum aufzugeben und im Wirtsländer wohl oder übel aufzugehen.

Gegenwärtig ist die Erörterung der Minderheitenfrage durch den Vorstoß Deutschlands besonders lebhaft. Im Grunde genommen geht es auch hier um den Versailleser Vertrag, der gerade in der Frage der Minderheiten durch seine willkürlichen Grenzziehungen so viele gefährliche Reibungsflächen geschaffen hat. Die Staatsmänner könnten der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit einen großen Dienst leisten, wenn sie sich rüchthaltlos auf den Boden der von Deutschland und anderen einsichtigen Ländern, kennzeichnender Weise auch von England, vertretenen Auffassung stellten. Leider sieht es noch lange nicht so aus, als ob das bald der Fall sein würde; aber das eine ist doch erreicht worden, und das ist bei der schwerfälligen Arbeitsweise des Völkerbundes immerhin schon etwas! — Die Frage der Minderheiten ist in vollem Fluß, sie wird nicht mehr aus der zwischenstaatlichen Diskussion verschwinden. Und die Angelegenheit ist wahrlich keine Bagatelle, wie Briand mit allem Aufwande seiner glänzenden Ueberredbarkeit glauben machen will. 40 Millionen Menschen in Europa müssen heute in den verschiedenen Ländern als Minderheiten leben, darunter allein 20 Millionen Deutsche! Welche Fülle von Reibungsmöglichkeiten ergibt sich daraus für die Staatenwelt Europas!

Praktische Fälle aus den letzten Jahren zeigen, daß bei gutem Willen eine erträgliche Lösung von Minderheitenfragen sehr wohl möglich ist: Kulturautonomie haben die Deutschen in Estland und Lettland, die Polen in Deutschland, die Slowenen in Kärnten. Sollte es nicht anderwärts auch möglich sein? Die durch eine befriedigende Lösung der Minderheitenfragen entstehende Lage kennzeichnet Schmidt-Wodder in dem Sammelband „Volk unter Völkern“ des Deutschen Schutzbundes (S. 211) so: „Der Staat wird sich dabei mit aller Mühen-

und Vergreifung ward aufgezeigt, wie sehr sich der Bund die Gewinnung der Jugend zur Aufgabe gemacht hat. Gegenüber der Gefahr einer Politisierung der Bundesarbeit wurde mit Nachdruck die überparteiliche Haltung und politische Neutralität des Bundes betont. Der Redner beschäufte sich darauf mit einer anderen Gefahrengruppe, die die innere Struktur des Bundes angeht. Er wies hin auf die Gefahr, daß der Bund ein bloßer Sammelverein werde und betonte die Notwendigkeit zentralisierter Bundesarbeit. Schließlich wurde ausführlich eingegangen auf die Gefahren, die der praktischen Bundesarbeit erwachsen können. Der Redner schloß mit der Feststellung: Bundesgefahren sind zu scheuen, und unter allen Umständen bilden Unterlassen und Versäumnis eine schwerere Belastung als Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.

Die eigentliche Festtagung begann am Abend des 19. September in dem großen festlich ausgeschmückten Saale des Coburger Hofbräus, den die Bundesfreunde von fern und nah in dichten Massen füllten. Umrahmt von den prächtigen musikalischen Darbietungen des kleinen Chors des Völkergesangsvereins Coburg unter Leitung von Musikdirektor Trammer, des Orchesters des Völkergesangsvereins unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Schilling sowie unter Teilnahme einer Künstlerreihe vom Landestheater Coburg wurden hier die offiziellen Begrüßungen ausgetauscht. Im Namen des Evangelischen Bundes begrüßte der Bundespräsident Ministerialdirektor Dr. Conze die Erschienenen: Vertreter des Kirchenbundes, des Bayer. Evangel.-Lutherischen Kirchenrates, der evangelisch-theologischen Landesfakultät, der Stadt Coburg, des Gustav Adolf-Vereins grüßten die Tagung. Besondere Begeisterung lösten die temperamentvollen Worte des Vertreters von Danzig, Lic. S e m r a u, aus, die ausklangen in die Mahnung: Deutsch-protestantische Treue im Reich, halt fest am Osten! Wie ein Mann erhob sich die ganze große Versammlung und gab dem Redner und dem bedrängten Osten die Antwort mit dem Deutschlandlied. Im Namen der Hauptvereine des Evangelischen Bundes wurden von Herrn Oberverwaltungsinspektor M e n s e l-Berlin als Festgeschenk ca. 20 000 Mark überreicht.

Auf der Coburg.

Weit leuchtet die mächtige Coburg über Franken, bis hin nach Banz und Bierzeihen. Im Tale rufen die Glocken der alten Kirchen zu den Gottesdiensten des

heit sagen, daß die Minderheit eine andere Liebe hat als das Staatsvolk. Er wird sich auch sagen, daß es klüger ist, dieser Liebe nicht Fesseln anzulegen. Er wird von seinem eigenen Volke erwarten, daß seine Liebe nicht geringer ist und daß nun, wo der Staat nicht direkt eingreift, ein Ringen der Volkskulturen einsetzt, ein Ringen, das er nicht zu fürchten braucht, das vielleicht auch Werte in sich birgt. Er wird natürlich sich vorbehalten auch Werte durch Aufsichts- und Befähigungsrecht da einzugreifen, wo Staatsinteressen gefährdet erscheinen. Er wird kühl genug urteilen, um nicht zu erwarten, daß die Minderheit ihn preist ob solcher Stellungnahme. Er wird aber damit rechnen, so die geringsten Widerstände herauszufordern und so seine Beziehungen zu anderen Staaten am reibungslosesten gestalten zu können. Man wird vermutlich höhere Mittel von ihm fordern, als er zu geben gewillt ist, aber man wird den Anlaß verloren haben, gegen ihn Sturm zu laufen. Der Staat wird auch damit rechnen dürfen, daß die Minderheit, nun sie selbst für ihre Angelegenheiten aufkommen muß, allmählich die unechten Elemente ausscheiden wird, die ihr gar nicht innerlich angehören. . . . Der Staat und das Volk wird führen, das am entschlossensten die Verantwortung auf sich nimmt, für einen richtigen Ausgleich von Staat und Volk zu wirken und das dem Lebensrecht jedes Volkes, ob klein oder groß, gerecht zu werden sich bemüht.“

Niemand wird erwarten, daß ein Jahrzehnt durchgreifend ändern könnte, was Jahrhunderte hindurch als selbstverständliches Recht des Staates gegolten hat. Aber es muß gearbeitet werden, wenn auch eine Beschäftigung mit den Minderheitenfragen gefährlich sein mag. Eine Nichtbeschäftigung aber, ist, wie der deutsche Vertreter der Minderheitenrechte, Dr. Koch-Weser, sagte, noch viel gefährlicher, weil so Ventile gestopft werden, die offen bleiben müssen! Jeder einsichtige Staatsmann — und es fehlt auch an solchen in Europa nicht — muß doch zustimmen, wenn er sagt: „Es wäre verhängnisvoll, wenn sich im Völkerbund die Meinung bilden würde, als sei die Minderheitenfrage schon heute befriedigend gelöst. Wir sind erst am Anfang der Lösung, es gibt Gefahrenzonen in manchen Teilen Europas, die zu beseitigen unsere Pflicht ist. Jeder Staatsmann, der mit Minderheiten zu tun hat, trägt eine starke Verantwortung.“

Heinz Manthe, Düren.

Prinz Takamatsu in Kiel.

— Kiel, 26. September. Prinz Takamatsu, der Bruder des Kaisers von Japan, traf in Begleitung seiner Gemahlin, im Kraftwagen von Hamburg kommend, hier ein und nahm im Hotel „Continental“ Wohnung. Sein Besuch gilt der Reichsmarine, in deren Namen der Kommandant von Kiel die Gäste begrüßte. Nach einem Besuch beim Stationschef, Konteradmiral Hansen, begab sich der Prinz am Bord des Stationskutters „Rige“ zu einer Hafenfahrt, mit der ein Besuch der Deutschen Werke, der Marineschule Friedrichsort, des Marine-Ehrenmals Laboe (das jedoch nur von der Seeseite aus besichtigt wurde) und der Holtzauer Schleusenanlagen des Kaiser-Wilhelm-Kanals verbunden war. Von hier aus erfolgte die Rückfahrt nach Kiel im Kraftwagen. Am Abend fand beim Stationschef ein Essen statt.

Evangelischen Bundes. Eine Stunde später wandern auf allen Wegen des weiten Hofgartens die Bundesfreunde aus der Ferne, geleitet von den Getreuen aus Coburg, der Höhe zu, die den Doktor Luther vor 400 Jahren mit ihren Wällen schützte. Im großen Kongressaal der Besten, der kaum Raum genug bietet, sammelt sich die festlich gestimmte Schar, der der Bundespräsident, Ministerialdirektor Dr. Conze, ein Telegramm Hindenburgs mitteilt, das der Reichspräsident auf eine Guldigung des Evangelischen Bundes gesandt hat. In klaren, schlichten Linien entwickelt dann Dr. Conze, wie er die Lage des Bundes sieht, und wie er denselben zu leiten gedenkt. Aus der rauhen Wirklichkeit des Alltags führte der zweite Redner, Universitätsprofessor D. Schumann-Gießen, seine Hörer auf die Höhen der evangelischen Glaubensgedanken mit einem tief durchdachten Vortrage vom „Sinn evangelischen Bekenntens“.

Um 4 Uhr nachmittags war der weite Burghof der Beste Kopf an Kopf gefüllt. Superint. Lic. Dr. Kühn-Auerbach i. Vogtl. legte hier dar, was es um „unser Bekenntnis zum evangelischen Glauben“, und Stud.-Prof.essor Hoessler-Nürnberg, was es um „unser Bekenntnis zur protestantischen Tat“ sei. Gegenüber den Riten der Gegenwart wurde folgende K u n d g e b u n g des Evangelischen Bundes erlassen:

Der Ausgang der Reichstagswahlen befreit den Evangelischen Bund nicht von seinen ersten Sorgen um die Zukunftsgestaltung des deutschen Staates. Es ist zu befürchten, daß Vertreter des internationalen römischen Machtwillens und Vertreter des internationalen Umsturzwillens auch weiterhin die Geschichte unseres Vaterlandes beherrschen. Um so lauter lassen wir auf neue den Ruf zur Sammlung aller nationalen Elemente erschallen. Wir erwarten von den protestantischen Abgeordneten, besonders auch von den neu in den Reichstag eintretenden Kräften, daß sie als Vertreter eines zu zwei Dritteln evangelischen Volkes den deutsch-protestantischen Forderungen, insbesondere dem deutsch-protestantischen Staatsgedanken, die gebührende Geltung verschaffen.

Eine prächtige Aufführung des „Luther“ von Strindberg gab der Tagung den Abschluß und zeigte ebenso wie das Beethoven-Konzert, das am Abend vorher zu Ehren des Bundes stattfand, wieder einmal, was die kleinen thüringischen Residenzstädte von einst für die Pflege der deutschen Kunst bedeutet haben und noch bedeuten.

Entwicklung und Wegung.

Mit der Partizipation gegen die Minderheiten eine große Mangelware grüßte. In hundert Jahren hatte zuvor zu unterst geräumt werden.

Nach dem am 1. September 1926 in der Person des Reichspräsidenten Max von Baden die Nationalsozialistische Bewegung

und den g. Beabsichtigt hänger aus hat, einen beizuführen. Dieser die Entsch. Ueberzeugung durch von — Abkehr

Autorität d. mit passiven neuen

einer 1500. Kampfzelle abteilungen gegen den Bewegung zu seiner der Kampf gängen in vorgelegten. Damals se einer militärischen Stellung bestand. Bayern u. nach Wieder den ursprüngl. gestellt. Der Sturm durfte mit

Mit er nicht de. sich einer. 36 würde

— Pra. abend Gen. sich eine u. schenmenge. Schmäuf. zu den st. machte wie. bei mehr. zahlreiche. sehr st. lobenden. war. Die mit gef. l. sonen ver.

— Pra. griff auf den Demo. erhielt ein. reiche De. legt. Im gef. l. eine ganze. nen, ange. waren. A. listischen. Weiter m. lung Me. überhau. rakter. U.

Fast u. d.ischen P. etwa 50 J. ern sprech. gehabt h.

Hitler als Zeuge.

Das amtliche Material stark erschüttert.

Entstehung und Zweck der nationalsozialistischen Bewegung. — „Mein Kampf gegen den Staat.“

Mit der Vernehmung des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler erreichte der Hochverratsprozess gegen die Hitler Reichswehroffiziere seinen Höhepunkt. Schon lange vor Eröffnung der Verhandlung hatte sich eine große Menschenmenge auf dem Reichsgerichtsvorplatz angesammelt, die Hitler bei seiner Ankunft laut begrüßte. Im Verhandlungssaal herrschte beim Eintritt Hitlers stille Stille. Der diensttuende Polizeioffizier hatte zuvor die Zuhörer ermahnt, alle Kundgebungen zu unterlassen, widrigenfalls der Saal unumgänglich geräumt werde.

Nach Eröffnung der Sitzung beantragte der Reichsanwalt, als Gegenzeugen gegen Hitler den Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern zu laden und ihn darüber zu vernehmen, ob und welches Material im Reichsministerium des Innern über umstürzlerische Unternehmungen der N. S. D. A. P. vorhanden sei. Staatssekretär Zweigert ist bereits anwesend.

Alsdann wird Hitler als Zeuge aufgerufen. Zur Person gibt er an, er sei 1889 in Braunau am Inn geboren und sei jetzt staatenlos. Der Vorsitzende fordert ihn auf, sich als Zeuge dafür zu äußern, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre Ziele ausschließlich

auf legalen Wege verfolgt

und den gewaltsamen Umsturz der Verfassung nicht beabsichtigt, daß die Partei ihre Mitglieder und Anhänger auch nicht dazu auffordert und aufgefordert hat, einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung herbeizuführen.

Hitler äußert sich zunächst in großen Zügen über die Entstehung und den Werdegang der Partei. Seiner Überzeugung nach konnten die durch den Zusammenbruch von 1918 bedingten Niedergangserscheinungen — Ablehnung der völkischen Kraft, Beseitigung der Autorität der Persönlichkeit und Vergiftung des Volkes mit pazifistischem Geist — nur mit einer ganz neuen Partei mit den Grundgedanken des fanatischen Deutschtums,

einer absoluten Führerautorität und eines unbedingten Kampfbüros überwunden werden. Zweck der Schutzabteilungen sei vom ersten Tage ab nicht der gewesen, gegen den Staat Front zu machen, sondern die geistige Bewegung vor dem Terror illegaler Kräfte zu schützen. Zu keiner Stunde sei der Zweck dieser Organisationen der Kampf gegen den Staat gewesen. Bei den Vorgängen in München im Jahre 1923 habe ein Zwang vorgelegen, der nicht seinen Wünschen entsprochen habe. Damals sei die Entwicklung der Sturmabteilungen zu einer militärischen Kampfgruppe auf Wunsch von amtlichen Stellen eingeleitet worden. 1923 habe die Gefahr bestanden, daß der latente Kriegszustand zwischen Bayern und dem Reich zum Ausbruch kam. Sofort nach Wiederaufrichtung der Bewegung 1925 habe er den ursprünglichen Zweck in vollen Umfang wieder hergestellt. Er habe damals die absolute Waffenlosigkeit der Sturmabteilungen angeordnet. Keine Abteilung durfte militärische Übungen abhalten.

Mit erschauer Stimme erklärt Hitler dann, daß er nicht den Standpunkt vertritt, daß jeder Versuch einer Fortsetzung der Reichswehr schuldig sei. Es würde das für das größte Verbrechen halten, daß

es gibt. Niemals ist von mir ein Flugblatt herausgegangen, das für etwas Derartiges eintrat. Niemals habe ich Verbindungen mit der Reichswehr angeknüpft.

Auf Befragen durch den Vorsitzenden erwiderte Hitler, er habe keine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Bei Übertretungen seiner Befehle habe er augenblicklich durchgegriffen und eine ganze Anzahl von Parteigenossen ausgeschlossen.

Deutschland sei durch die Friedensverträge gezeichnet. Die Nationalsozialisten sehen diese Verträge nicht als ein Gesetz an, sondern als etwas Aufgezwungenes. Wir werden — so erklärt Hitler — Stellung dazu nehmen, wenn wir durch reifliche Umgestaltung der Verträge mit allen Mitteln brechen. Dann befinden wir uns in der Revolution.

Der Vorsitzende sagte die weiteren Fragebeantwortungen Hitlers dahin zusammen, daß die Errichtung des Dritten Reiches auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt werde.

Alsdann kommt es zu einer längeren Auseinandersetzung über die grundsätzliche Stellung der Partei zur Wehrpolitik.

Zum Schluß der Vernehmung kommt der Vorsitzende noch auf den

Besuch der Angeklagten

im politischen Büro der Partei in München zu sprechen. Der Zeuge erklärt hierzu, von dem Besuch habe er gehört. Er selbst habe nie gewußt, daß Zellenbildung beabsichtigt sei. Das hätte er auch nicht gebilligt. Er hatte seit 1923 keine Verbindung mit der Wehrmacht aufreht und habe nie mit Offizieren verhandelt.

Bezüglich der Finanzierung der Reisen der Angeklagten befragt, erklärte Hitler, daß er von der Bewilligung von Geldmitteln an die Angeklagten hätte erfahren müssen. Er hält die Bewilligung von Geldmitteln für vollständig ausgeschlossen.

Dr. Zweigert als Zeuge.

Staatssekretär Dr. Zweigert, der im Leipziger Hochverratsprozess unter allgemeiner Spannung als Zeuge aufgerufen wurde, erklärte:

Das Reichsministerium des Innern ist im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergibt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei schon seit ihren Anfängen umstürzlerische Ziele verfolgte.

Zum Schluß seiner Vernehmung sagte Staatssekretär Dr. Zweigert: „Ich kann als Zeuge nicht auf Grund eigener Wissenschaft dafür eintreten, daß die amtlichen Feststellungen, die dem Ministerium zugegangen sind, auch stimmen.“

Hitler wird vereidigt.

Nach einer halbstündigen Beratungspause verkündete der Präsident Baumgarten folgenden Senatsbeschluss:

„Der Zeuge Adolf Hitler ist auf seine Aussagen zu vereidigen, weil gesetzliche Gründe für eine Nichtvereidigung nach Ansicht des Gerichts nicht vorliegen.“

Straus leistete Hitler den Hengeneid.

Staatssekretär Zweigert verließ hierauf den Saal mit den Worten: „Ich bitte, mich zu entlassen. Nach diesem Beschluß scheint meine weitere Anwesenheit zwecklos zu sein.“

Schwere Unruhen in Prag.

Sturm auf das Deutsche Haus.

Prag, 25. Sept. In Prag herrscht am Donnerstagabend Gewitterstimmung. Auf dem Wenzelsplatz hatte sich eine unansehnliche, viele Zehntausende zählende Menschenmenge versammelt, die sich in ununterbrochenen Schmähschreien gegen die Deutschen erging. Dabei kam es zu den stärksten Schmähschreien Deutschlands. Die Wache machte wiederholt von dem Gummiknüppel Gebrauch, wobei mehrere Demonstranten und Polizisten verletzt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Verkehr stockte vollkommen. Der Wenzelsplatz war von einer tobenenden Menge erfüllt, gegen die die Polizei machtlos war. Die Gendarmerie ging wiederholt gegen die Menge mit gefülltem Bajonett vor. Dabei wurden zahlreiche Personen verletzt.

Zu spätes Eingreifen der Polizei.

Prag, 26. September. Bei der Abwehr des Angriffs auf das Deutsche Haus wurden neun Polizisten von den Demonstranten durch Steinwürfe verletzt. Ein Polizist erhielt einen Schlag mit einer Brechstange. Auch zahlreiche Demonstranten wurden durch Bajonettschläge verletzt. Im Deutschen Haus wurden 48 Fenstersteine eingeschlagen. Im ersten Stock des Deutschen Hauses wurde eine ganze Sammlung, bestehend aus mehr als 100 Steinen, angelegt, die in das Deutsche Haus geworfen worden waren. Auch im Gebäude des tschechischen nationalsozialistischen „Česko Slovo“ wurden Fenster eingeschlagen. Weiter wurden die Auslagen der tschechischen Buchhandlung Melantrich zertrümmert. Die Kundgebungen trugen überhaupt einen entschieden regierungseindlichen Charakter. Um 11 Uhr trat Ruhe ein.

Fast unglaublich klingt der amtliche Bericht des tschechischen Pressbüros, der nur von einer Kundgebung von etwa 50 Personen auf dem Wenzelsplatz mit 300 Zuschauern spricht und behauptet, daß die Polizei keinen Anlaß gehabt hätte, einzuschreiten (1). Die „Bohemia“ schreibt

zu den Vorgängen u. a., es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß es kaum zu den scharfen Ausschreitungen gekommen wäre, wenn nicht die Polizei in den ersten Abendstunden durch abwartende Haltung und Duldung von Ansammlungen den Eindruck erweckt hätte, daß die Warnung des Polizeidirektors nicht ernst gemeint sei.

Und in Genf schwärmt Briand von „Panuropa“.

Der Kampf um das Mittelmeer.

Die Pariser Presse zum Abbruch der italienisch-französischen Flottenverhandlungen.

Paris, 26. September. Der Abbruch der französischen-italienischen Flottenverhandlungen wird in der Pariser Presse lebhaft erörtert. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien, die in Rom gleichzeitig über alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Streitfragen geführt wurden, werden nach Auffassung des „Intransigent“ durch den Abbruch der Flottenverhandlungen wesentlich beeinträchtigt. Das Blatt bedauert es außerordentlich, daß die Möglichkeit einer Einigung wieder in weite Ferne gerückt ist. Der „Temps“ will den Abbruch der Verhandlungen nicht wahr haben, sondern betont, daß man beiderseits nicht aufgehört habe, eine für beide Staaten annehmbare Lösung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu suchen. Das „Journal des Debats“ macht die italienische Regierung für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich (natürlich), die wenig Aussicht hätten, wieder aufgenommen zu werden. Die Flottengleichheit auch in bezug auf die Einheiten hätte sehr leicht dazu führen können, auch die Gleichheit der Gesamttonnage zuzugestehen. Die Geschichte des deutschen Panzerkreuzers (1) beweise außerdem, daß auch bei Gleichheit in den Einheiten Überraschungen nicht ausgeschlossen seien.

Krise in Wien.

Genau ein Jahr nach der Berufung Schober zum österreichischen Bundeskanzler ist es in Wien zu einer ersten Regierungskrise gekommen. Der Kampf dreht sich um den Posten des Präsidenten des österreichischen Bundesbahnen. Die Amtszeit des gegenwärtigen Amtsinhabers, Dr. Vanhans, läuft am 30. September ab. Als Nachfolger ist von dem Bundeskanzler und Vizekanzler Baugoin, dem Obmann der Christlich-Sozialen, ein gewisser Dr. Straßella in Vorschlag gebracht worden, dessen Kandidatur jedoch bei dem Handelsminister Dr. Schuster auf großen Widerstand stieß und schließlich zu einer Kabinetskrise führte. Als erster bot Dr. Schuster seinen Rücktritt an, und als der Bundeskanzler Schober sich auf seine Seite stellte, reichten der Vizekanzler Baugoin und mit ihm sein christlich-sozialer Ministerkollege im Landwirtschaftsministerium, Bödermayer, ihre Rücktrittsgesuche ein. Gleichzeitig hat auch der Bundesbahnenpräsident Dr. Vanhans der Regierung sein Mandat vorzeitig zur Verfügung gestellt, um ihre Lage zu erleichtern und weil seine Wiederbetreuung nur durch einstimmigen Beschluß des Ministerrats möglich sein würde.

Der Bundeskanzler Dr. Schober lehnt die von Baugoin geforderte sofortige Ernennung Straßellas zum Generaldirektor der Bundesbahnen in erster Linie aus dem Grunde ab, weil sie einen Eingriff der Verwaltung in die Justiz darstellen würde.

Dr. Straßella ist nämlich zur Zeit in einen Verleumdungsprozess verwickelt, bei dem seine Persönlichkeit in der ersten Instanz nicht in bestem Lichte erschienen ist. Dem Prozeß liegt ein Artikel der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ zugrunde, in dem unter der Überschrift „Warum Straßella Generaldirektor der Bundesbahnen werden soll“, behauptet wurde, ein schwarzer Fonds der Bundesbahnen im Betrage von mehr als 400 000 Schilling (ein österreichischer Schilling gleich 0,60 Mark), solle Dr. Straßella als Günstling des Herrn Kurelen (Landeshauptmann der Steiermark) zur Verfügung gestellt werden. Dieser Fonds solle der Finanzierung christlich-sozialer Bahnen und den Heimwehren dienen. Weiter wurde behauptet, Dr. Straßella habe in den letzten Monaten die meisten Vorkassabriefe aufgekauft. Damit würde mit der Ernennung Dr. Straßellas zum Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen der Grund zu einer schlimmen Korruption gelegt. Außerdem wurde Dr. Straßella der persönlichen Unkorrektheit und der Eitelkeit bezichtigt.

In Verbindung mit diesem Prozeß wurden jedoch recht merkwürdige Zustände bei den Bundesbahnen aufgedeckt. Es ergab sich, daß nicht weniger als drei Geheimkonten bestanden, die aus Preisnachlässen, Bonifikationen, Umfapremien, Stornogebühren usw. von Lieferanten der Bundesbahnen gefüllt wurden. In dem sogenannten „Kohlenkonto“ ist auch der Schlüssel für den Widerstand gegen die Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen zu finden. Die Elektrifizierung des Kohlenkontos durch die Kohlenlieferanten spielt hierbei eine bedeutende Rolle. Die Geheimkonten sind inzwischen, zum Teil durch das Einschreiten des Rechnungshofes, ausgefüllt worden.

Interessant ist die Verewandlung der auf den Geheimkonten zur Verfügung stehenden Summen: So erhielt der Josephklub in Wien zur Stiftung von Preispreisen insgesamt 375 000 Schilling. 40 000 Schilling wurden zur Unterstützung der Salzburger Festspiele, 10 000 Schilling zur Unterstützung der Bundeskate und 17 000 Schilling für verschiedene Wohltätigkeitsaktionen ausgezahlt. Soweit könnte man nichts einwenden, wenn diese Auszahlungen ließen sich in irgendeiner Form mit den Interessen der Bundesbahnen — Fernverkehr usw. — begründen. Anders liegt es mit den aus diesen Konten finanzierten Ehrengeldern. So erhielt z. B. der vormalige Präsident Dr. Georg Günther aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens des Unternehmens „Österreichische Bundesbahnen“ und zu seinem 60. Geburtstag Geschenke im Werte von 57 420 Schilling. Für Ausfahrten an Bundesbahnfunktionäre wurden 112 500 Schilling verauslagt, hiervon erhielt Generaldirektor Dr. Maschalek allein 30 000 Schilling, außerdem wurden aus diesen Konten 197 700 Schilling für Remunerationen an Angestellte der Bundesbahnen verteilt. Hiervon erhielt der Beschaffungsdirektor 30 000, die übrigen Bundesbahnamtsglieder (sechs) je 10 000 Schilling, der Rest wurde an „Übrige“ verteilt. Diese Verteilung erfolgte 1927 auf Veranlassung von Dr. Günther; im Jahre 1928 wurden ebenfalls „Sondervergütungen“ ausbezahlt. Diese Mittel wurden ohne Inanspruchnahme von Mitteln der Bundesbahnen gezahlt. Von wem, darüber ist nicht bekannt, vielleicht schafft aber der Staatsanwalt nach nachträglich nicht in diese dunkle Angelegenheit. Jedenfalls wurde im Prozeß vom Vertreter der Klage behauptet, daß nur solche Firmen Aufträge erhalten hätten, die bereit waren, für den Geheimfonds Beiträge zu leisten.

Der Bergang, der hier aufgezeigt wurde, bildet ein trübes Kapitel zu dem Thema: Kommerzialisierung der Verkehrsmittel. Zwei Menschen werden durch den Prozeß Straßella schwer belastet: der ehemalige Bundesbahnenpräsident Dr. Günther und der ehemalige Generaldirektor Dr. Koestl. Aber auch Dr. Straßella geht nicht so einwandfrei aus dem Prozeß hervor, um seine weitere Kandidatur rechtfertigen zu können. In dem Urteil wird Dr. Straßella ausdrücklich als „inkorrekt“ bezeichnet. Der Handelsminister Dr. Schuster sah deshalb in ihm nicht die Persönlichkeit, die für eine leitende Stelle bei den Bundesbahnen in Betracht kommen könnte. Als dann der Vizekanzler Baugoin trotzdem an der Kandidatur Straßella festhielt, kam die Regierungskrise offen zum Ausdruck.

Rücktritt des Kabinetts Schober.

Beschluß des Ministerrats.

Der Ministerrat hat heute nachmittags nach einhelliger Beratung die Gesamtdemission des Kabinetts Schober beschlossen. Bundeskanzler Schober begab sich sofort zum Bundespräsidenten Mikas, um ihm das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen.

Beilage des Aufwärts

Nr. 227.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend den 27. September 1930.

12. Jahrgang.

Sozialistische Kinderrepubliken.

Die sozialistische Kinderfreundebewegung, über die in Nr. 197 des „Aufwärts“ (im Anschluß an Ausführungen über die in Westfalen erstmalig vom Evangelischen Elternbund eingerichteten evangelischen Ferien- und Kinderlager) berichtet wurde, ist zum Gegenstand heftiger Angriffe und ablehnender Kritik geworden. In politisch ruhigen Zeiten hätten die Träger dieser Bewegung zu den Angriffen der Gegner schweigen können, ohne sich ernsthaft zu schaden. Die Kritik aber erfolgte zu einer Zeit, wo vor der Wahl die Mitträgerin der Kinderfreunde-bewegung, die Sozialdemokratie, gegen jegliche Verunglimpfung höchst empfindlich war. Sie hat auch aus mahlaktischen Gründen keinen Augenblick gezögert, durch entsprechende Gegenargumentation alle „Anwürfe“ entrüstet zurückzuweisen. So wurde in der Spätausgabe des „Aufwärts“ vom 3. 9. 30 von den verantwortlichen Leitern sämtlicher sozialistischer Kinderrepubliken der Jahre 1927, 1928, 1929 und 1930 vor aller Öffentlichkeit eine Erklärung abgegeben, die mit Entschiedenheit alle „verheerenden Anwürfe und Verleumdungen“ zurückweist und sie als durchsichtiges Manöver einer schamlosen Wahlpropaganda hinstellt. Auch andere sozialistische Tageszeitungen haben sich zu Abwehrmaßnahmen veranlaßt und kündeten u. a. in großen Leitern das „Ende einer Hege“ und den Zusammenbruch der „Lügenkampagne gegen die Kinderrepubliken“ an. Insbesondere wies man die Behauptungen zurück, daß die gesamte Kinderfreundebewegung ein Teil der Freidenkerbewegung sei und daß in den Kinderfreunde-Zeltlagern antireligiöse Wühlereien getrieben würden. Man berief sich u. a., und das wurde als Hauptargument ins Feld geführt, auf eine „bedeutsame Erklärung“ aus dem letzten Katholikentag in Münster, wo der Vater Dr. Desiderius Breitenstein O. F. M. Paderborn in dem Referate: „Die sozialistische Erziehung“ auf die Kinderfreunde-bewegung zu sprechen kam. Da die Kinderrepubliken nun stärker als zu erwarten stand in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt sind, wird es von Interesse sein, auch im „Aufwärts“ noch einmal zu der Kinderfreundebewegung Stellung zu nehmen.

Wenn im Jahre 1930 die Zahl der in den roten Kinderrepubliken betreuten und im sozialistischen Sinne beeinflussten Kinder — es sind rund 8000 — auch nicht an die des Vorjahres heranreicht, so ist doch deutlich in allen diesjährigen Veranstaltungen die zielbewusste Arbeit um den Ausbau und die Unterbauung des begonnenen Erziehungswerkes zu spüren.

Jedem der in diesem Jahre ins Leben gerufenen Zeltlager ist eine besondere Aufgabe gestellt.

In der Zeitschrift „Die sozialistische Erziehung“ vom Juni 1930 führt Hanns Weinberger das des Näheren aus.

1. Die Kinderrepublik „Bayern“ im Schlierseegebiet soll in Bayern der Bewegung neue Freunde zuführen, weil dort „schwieriger Boden“ ist. Bekanntlich hat in Bayern der Unterrichtsminister eine Verordnung erlassen, die den Schulkindern die Beteiligung an den Veranstaltungen der Kinderfreunde verbietet.

2. In der Kinderrepublik „Lübecker Bucht“ soll die „neue Form der Selbstverwaltung“ erprobt werden. Träger dieses etwa 2000 Kinder umfassenden Lagers sind Schleswig-Holstein, Lübeck und Mecklenburg.

3. In der Kinderrepublik „Kärnten“ am Keutzhocher See werden österreichische und reichsdeutsche Kinder, insbesondere Rote Falken, für 6 Wochen vereinigt.

4. Die Kinderrepubliken Rhein I und II auf der Insel Nemedj sollen vornehmlich „das weiter pflegen, was im vergangenen Jahre bereits dort zurückgelassen wurde. Die Achtung des Gegners, Anerkennung der Unbefangenen, Freude unserer Genossen muß durch einen Beweis guter Leistung gesteigert werden. ... Es sind nach Beendigung der Rheinlager 1929 sehr viel gefährliche Verleumdungen aufzuklären gewesen“ (Hanns Weinberger in der Zeitschrift: Sozialistische Erziehung).

5. Die Kinderrepubliken Schweiz I und II am Thuner See sollen „dienen der Zusammenarbeit mit der jungen Kinderfreundebewegung in der Schweiz. 2000 deutsche Rote Falken für einige Wochen zusammenleben“. Der Gedanke der Volksverbrüderung, der „Internationalen“, soll in den Kindern verlebendigt werden. — Insgesamt sind es etwa 8000 Kinder, die in diesem Jahre in Zeltlagern untergebracht werden, bzw. nach Ablauf dieses Sommers bereits untergebracht und betreut worden sind. Was außerdem in diesem Jahre in Gruppennachmittagen, Halbtags- und Tageswanderungen, in Heimen und Horten an Arbeit geleistet wird und bereits geleistet wurde, ist zwar der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden, jedoch wird es recht beachtliche Ausmaße angenommen haben, wenn man sich vor Augen führt, was einzelne aktive Ortsgruppen z. B. im Vorjahre für eine Tätigkeit entfaltet haben. So veranstaltete Nürnberg im Jahre 1929 1651 Gruppennachmittage mit 31 446 Teilnehmern, 219 Halbtagsveranstaltungen mit 3593 Teilnehmern, 230 Tageswanderungen mit 3377

Kindern, 49 1½ Tagswanderungen mit 1086 Teilnehmern, außerdem noch kleinere Veranstaltungen und mehrtägige Fahrten. Insgesamt sind, so schreibt die „Sozialistische Erziehung“, in 2398 Veranstaltungen 79 261 Arbeiterkinder erfaßt worden, und das allein durch die Tätigkeit einer einzigen Ortsgruppe!

Zahlen reden oft eine eindringliche Sprache, und es hat keinen Sinn, mit ein paar allgemein gehaltenen Bemerkungen über diese Kinderfreundearbeit hinwegzugehen. Die Kinderfreundebewegung hat auch in Deutschland, ähnlich wie in Österreich, die Entwicklung von der „fürsorglichen Betreuung zur systematischen Erziehungs-bewegung mit klarer sozialistischer Zielsetzung“ durchlaufen und ist bemüht, auch wissenschaftlich den sozialistischen Erziehungsbegriff zu unterbauen, bzw. gegen den herkömmlichen Bildungs- und Erziehungsbegriff abzugrenzen. Das wird u. a. versucht in dem Monatsblatt „Sozialistische Bildung“ und in der Zeitschrift „Sozialistische Erziehung“, die über die sozialistische Erziehungswissenschaftlichen und schulpolitischen Vorgänge fortlaufend berichtet. In dem Vortrag „Die sozialistische Erziehung“, den Vater Dr. Breitenstein auf dem Katholikentag in Münster hielt, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Pädagogik als „Normwissenschaft in der Pädagogik als Seinswissenschaft ein Widerfacher erstanden sei. Die feinswissenschaftliche Pädagogik hat

Kinder Glaube.

Die zarten Seelen,
die reinen Toren
blicken mit großen,
kindlichen Augen
ins unübersehbare
Meer des Lichts;
die reinen Herzen —
sie schauen Gott.

Urquell des Guten,
Vater der Wesen,
eins nur ersch' ich
von Deiner Allmacht:
Versage mir alles
und gib mir das eine:
ein Kindesauge,
dem Licht zu sehn.

Terefe Köstlin.

eine ganz andere Fragestellung. Sie fragt nicht, wie Erziehung werden soll, welchen Werten sie zuzuführen hat, sondern, wie sie sich vollzieht. Sie lehnt die Normen mehr oder weniger ab. Die geistige Formung des Menschen wird nicht durch bestimmte Werte, Normen, Ziele, sondern sie wächst aus einem Urprinzip heraus. Dieser neuartige Erziehungsbegriff ist der Kern- und Angelpunkt des sozialistischen Erziehungsbegriffes, wenn gleich er auch in den letzten Konsequenzen doch nicht aufrecht erhalten werden kann, da sich unvermerkt wieder Normen, Werte, Bindungen, wenn auch einer anderen Wert-sphäre entstammend, einschleichen. Dr. Kurt Löwenstein bekennt sich genau so wie der Oesterreicher Mag. Adler und der Führer der kommunistischen Kindergruppen, Edwin Hörnle, zu dem Prinzip, daß die gesellschaftliche Entwicklung zwangsläufig immer höheren Gemeinschaftsformen zutriebe. Er ist fest davon überzeugt, daß die gesellschaftliche Entwicklung zwangsläufig auf die sozialistische Gesellschaftsordnung zutriebe. Von unerschütterlichem Vertrauen auf die Kraft des Solidaritätsgefühls ist er erfüllt. Die „Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Erziehungsorganisationen“, gegründet im August 1922 im Schloß Kleßheim bei Salzburg, illustriert in einem Leitfaden die sozialistische Erziehung wie folgt: „Das Proletariat steht im Begriff, seine geschichtliche Mission der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische zu vollziehen. Es kann seiner Erziehungsaufgabe erst vollends gerecht werden, wenn es die politische und wirtschaftliche Macht erobert. Doch die Erziehungsaufgabe für das heranwachsende Geschlecht erfordert erzieherische Abwehrmaßnahmen gegen die bestehende materielle und ideelle Erziehungsausbeutung der herrschenden Klasse und Ausbaumaßnahmen für die Arbeiterklasse.“

Löwenstein selbst versucht die sozialistische Erziehung zu kennzeichnen als Erziehung zur sozialen Demokratie unter dem Gesichtspunkte der Produktion in genossenschaftlichen Formen, getragen von dem Geiste der Weltlichkeit, des Internationalismus und Pazifismus. Diese Erziehung „ist nicht weltanschaulich im Sinne der alten Kirchen, sondern wissenschaftlich in den Tatbeständen der Gesellschaft begründet“.

Mit diesen kurzen Darlegungen ist auf die grundsätzliche Einstellung der sozialistischen Führer hingewiesen. Sie muß bei dem Versuch der Realisation sozialistischer Erziehungstendenzen notgedrungen zur Protesteinstellung gegenüber den noch bestehenden gesellschaftlichen Formen und Institutionen führen. Auch darüber wird in der sozialistischen Erziehungsliteratur kein Zweifel gelassen. So sagt Löwenstein, daß die Kinderfreunde die Kinder über die „Minderwertigkeitsgefühle, die die bürgerliche Umgebung ihnen aufzwingt, hinaushebt und daß die Kinder sich in jene Protesteinstellung hineinleben, die sie als Arbeiterklasse zur bürgerlichen Gesellschaft und zur kapitalistischen Ordnung nun einmal haben müssen“ (Die Aufgaben der Kinderfreunde, Seite 5).

Den sozialistischen Nachwuchs fähig zu machen, die „geschichtliche Mission der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische zu vollziehen, die „Minderwertigkeitsgefühle“ der Proletarierkinder zu beseitigen und das junge Geschlecht frei von allen Bindungen weltanschaulicher und dogmatischer Art aufzuwachsen zu lassen, das sind Aufgaben, die einzig und allein nach Auffassung der verantwortlichen Führer der Kinderfreunde nur durch die Kinderrepubliken zu lösen sind. Ja, die Notwendigkeit dieser Sonderorganisation wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach Anschauung der Führer die bürgerlichen Erziehungs-einrichtungen und die Kirche ihrer Natur nach den sozialistischen Erziehungsbestrebungen geradezu entgegenwirken. So führt K. Löwenstein in den Sozialistischen Monatsheften, Heft Dez. 1929, aus:

Lassen wir die Arbeiterkinder in der Ungunst ihrer Lage, überlassen wir sie der kleinbürgerlichen Ideologie der Schule und der öffentlichen Erziehungsanstalten, dann hemmen wir die Entwicklungen der gesellschaftlichen Energien, die wir ganz allgemein für die Zukunft nicht entbehren können; dann schaffen wir Spannungen, die eines Tages gesellschaftlich unerträglich werden.

Löwenstein bezeichnet die in den Kinderrepubliken geleistete Erziehung als „Emanzipation des Arbeiterkinds“ und sagt dann wörtlich: „Wir erfüllen die Aufgabe in der Sonderorganisation nur deswegen, weil die Träger des öffentlichen Erziehungswezens weder diese Aufgabe sehen, noch, wenn wir sie ihnen klarmachen, geneigt wären zu erfüllen.“

Diese kurzen, grundlegenden Erörterungen waren vorauszuschicken, da der Versuch gemacht werden sollte, kritisch zu der Arbeit in den Kinderrepubliken Stellung zu nehmen. Die Grundeinstellung macht alle Arbeit und alles Leben in den Zeltlagern erst verständlich. Durch praktische Übung und durch Beeinflussung wird das heranwachsende Geschlecht für „die werdende Gesellschaft funktionsfähig gemacht“. Die Kinder üben in den Gruppen praktische Selbstverwaltung, es werden ihnen Funktionen gegeben, die „sie ernstlich und solide betreiben können, und sie werden unter die Selbstverantwortlichkeit ihrer Gruppen gestellt. Es ist eine Art Erziehung zum Staatsbürger. Das Zeltlager ist eine künstliche Primitivität, ein Staat im Kleinen, in dem sich die Kinder an die „großen Linien unserer öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gewöhnen“.

Höchst beachtenswert ist nun die Tatsache, daß das Zusammenleben von Knaben und Mädchen und das Nüchtern im selben Zelt als eine „Norm gesellschaftlicher Erziehung“ angesehen wird. Dazu schreibt Löwenstein sehr bemerkenswert: „Das Nüchtern von Jungen und Mädchen im gleichen Zelt ergibt sich aus der Bedeutung des Zeltens. Die Arbeits- und Lebensfunktionen des Zeltens sind die Elemente der Kinderrepubliken. Trennen wir an dieser Stelle Jungen und Mädchen voneinander, so schaffen wir ein Jungenlager und ein Mädchenlager und verlieren die wichtige Auswirkung des Zusammenarbeitens von Knaben und Mädchen. Wir würden damit dem Problem der Koedukation als gesellschaftlichem Problem ausweichen und dafür jene Spannungen eintauschen, die wir in unserer heutigen Gesellschaft und in unserer heutigen Erziehung zwischen Jungen und Mädchen haben.“

Löwenstein scheint mit dieser erstmalig in größerem Stile durchgeführten Form der Erziehung die besten Erfahrungen gemacht zu haben; denn er schreibt, daß es in den Kinderrepubliken „kein Flirten zwischen Knaben und Mädchen mehr gebe“ (!?). Ja, es ist für ihn auf Grund der „fortgesetzten günstigen Erfahrungen kein Problem mehr“. „Schon heute enthält das Zusammenleben“, so führt er aus, „nichts Problematisches mehr. Unsere Kinder, die in ihren Gruppen und auf Fahrten beisammen sind, empfinden es als lächerlich (!), wenn wir sie im Zeltlager trennen wollten.“ Allerdings scheint man in den eigenen Reihen den Gedankengängen von Löwenstein nicht restlos zuzustimmen. So macht Weingart die Feststellung: „Ob dieses Zusammenleben von Jungen und Mädchen im primitiven Zeltleben bis zur Nachtzeit gepflegt werden muß, darüber läßt sich streiten, streiten läßt sich auch darüber, ob die erwachsenen Helfer oder das frühreife Mädchen sich zur Zeit der Menstruation im Beisein der Knaben nackt abwaschen muß.“ Diesem Einwand seines Mitarbeiters begegnet Löwenstein, indem er „feststellt“, daß es bisher keine Kinderrepublik gegeben hat, „in der das Zusammenleben bis zur Nachtzeit gepflegt wurde“ und „es gibt keinen Streit darüber, kann keinen Streit darüber geben, daß Mädchen und Frauen genügend bezente Gelegenheiten für hygienische Maßnahmen während ihrer Menstruation haben müssen.“ Löwenstein hat selbst wochenlang in Zelten mit Kindern und Helfern zusammengelebt, hat sich mit ihnen an- und ausgekleidet und „hat aber niemals Anlaß gehabt, Mangel an Schamgefühl zu konstatieren“. Außerordentlich günstig beurteilt er als der Führer der deutschen Kinderfreunde die Erfolge dieser Koedukation: „Die Tatsache, daß wir in dieser Weise nahezu 20 000 Menschen in Zeltlagern Wochen hindurch beisammen haben, und zwar Jungen und Mädchen, Helfer und Helferinnen, und daß trotz genauer Kontrolle nicht ein einziger Fall vorkam, in dem man bei uns oder mit dem die Öffentlichkeit sich

hätte befaßen müssen, sollte uns doch nachdenklich stimmen" (1).

Nach diesen Darlegungen ist zu übersehen, in welchen Punkten die sozialistische Kinderarbeit einen Kurs nimmt, wo evangelische Christen bei voller Anerkennung mancher Tendenzen, wie Erziehung zur Hilfsbereitschaft, zum Dienst an der Gemeinschaft, zu Ehrlichkeit, Zucht u. a. m. aus schweren Gewissensbedenken heraus nun doch nicht mehr folgen können.

Vor allem kann man sich als Christ die grundsätzliche Auffassung von der wertfreien, ungebundenen Erziehung nicht zu eigen machen und nicht glauben, daß die Gesetze für die Beeinflussung einzig und allein in den wissenschaftlichen Tatbeständen der Gesellschaft zu finden seien. Das hieße doch m. a. W. die Soziologie zur alleinigen Grundwissenschaft der Pädagogik zu erklären und alles andere wie z. B. die Ethik, Religion einfach auszuschalten. Evangelische Christen glauben nicht an eine völlig wertfreie Pädagogik, sondern fühlen sich in ihrem Sein und Werden tausendfältig an Gott gebunden und wollen die Voraussetzung für diese Bindung im christlichen Erziehungswerke schaffen. Evangelische Christen sehen ferner den „Glauben an die Kraft der Solidarität“ erschüttert und verworfen ein Fundament, das einzig und allein der Menschenkraft vertraut, über die die Bibel ganz andere Urteile hat. Abzulehnen ist auch die Protesteinstellung zur bürgerlichen Gesellschaft, und ferner die trügerische Hoffnung, als könnte durch die sozialistische Erziehung eine neue Menschheit und eine neue Gesellschaftsklasse geformt werden. Entschieden abzulehnen ist die aggressive Art, wie in Anrede, Gruß, Ruf, in gewaltigen Sprechchören, in jündenden Kampfliedern das Kind für eine Einstellung gewonnen wird, die vom Standpunkt des Volksganzen aus doch sehr zu bedauern ist! Schwer fällt es zu glauben, daß unter dem Symbol der roten Fahne heiligste Güter, wie sie uns das Evangelium darbietet, unangefastet geblieben sind. Wenn man die Einstellung der sozialistischen Berufserzieher, welche die Kinderfreundebeziehung mittragen helfen, mit in Betracht zieht und ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der weltlichen Schule, so fragt man sich doch allen Ernstes, ob die Berichte, die jegliche antireligiöse Wühlereien in Abrede stellen, glaubwürdig sind.

Zum Schluß kann man als evangelischer Christ wohl kaum den Optimismus teilen, den Löwenstein in Hinblick auf die Koedukation, die ja sogar ein Mächtigen von Knaben und Mädchen im gleichen Zelt in sich schließt, ausspricht. Wenn man ja auch nicht gleich das Schlimmste zu befürchten hat — unsere Generation und insbesondere Menschen der Jugendbewegung empfinden in sexuellen Dingen vielleicht anders als die frühere Generation — so ist doch dazu zu sagen, daß hier vom evangelischen Standpunkt aus betrachtet doch manche sehr umstrittene Probleme stecken, die die sozialistischen Erzieher in den wenigen Wochen ihrer Kinderlagerarbeit entweder gar nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Menschen und vor allem Kinder in ihrem sexuellen Werdegang und in ihrer sexuellen Struktur in ganz kurzer Zeit so grundlegend geändert haben, wie es den Anschein hat. Das schwerwiegende sexuelle Problem ist nicht mit einer einzigen soziologischen Formel wie Spannung und Lösung abgetan.

Evangelische Christen haben allen Grund, die Sache der Kinderfreunde gerade auch in diesem Punkte aufmerksam zu verfolgen. Sie werden sich aus schwersten Gewissensbedenken heraus wohl kaum bereit finden, den hier gekennzeichneten Gedankengängen der sozialistischen Erzieher zu folgen, sondern werden sich vielmehr darauf befehlen, welche ungeahnten Kräfte ihnen im Evangelium, in der evangelischen Schule, in der Kirche und vor allem in evangelischer Familienerziehung für den Nachwuchs zur Verfügung stehen. Wilhelm Markus.

Ueber die Kinderfreundebeziehung informieren folgende Zeitschriften und Bücher:

Der Kinderfreund, Zweimonatsblatt, geleitet von Wagner, Hamburg.

Sozialistische Monatshefte, Herausgeber Jos. Bloch.

Sozialistische Erziehung.

Sozialistische Bildung, enthält auch Bücherwarte und sozialistische Arbeiterbildung.

Aufbau, Erziehungswissenschaftl. Zeitschrift, 3. Jahrg., Nr. 8. Herausgegeben v. Bund der freien Schulgef. Deutschlands.

M. Gayk, Die rote Kinderrepublik. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin 28.

M. Adler, Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung. Berlin 24.

J. Ranz, Kämpfer der Zukunft. Eine systematische Darstellung der sog. Erziehungsgrundsätze. Wien 29.

R. Löwenstein, Das Kind als Träger der werden der Gesellschaft. Wien 29.

R. Löwenstein, Die Aufgaben der Kinderfreunde. Berlin 29.

Die Erziehung, Monatschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben. 5. Jahrg., Heft 4 und 5 von 1930.

Aus dem Leben des brasilianischen Protestantismus.

Ende Juni tagte in Rio de Janeiro die erste lateinamerikanische Baptistenkonferenz, an der 425 Abgeordnete teilnahmen. Davon waren 383 aus Brasilien, 32 aus dem spanisch sprechenden Amerika und 10 aus den Vereinigten Staaten und England. Außer den Berichten

über den Stand des Baptismus in den einzelnen Ländern Lateinamerikas wurden Vorträge gehalten über die Arbeit an der Jugend, in den Sonntagschulen, im Schulwesen und an der Frauenwelt. Ein Vortrag befaßte sich mit den Methoden, an die Gebildeten heranzukommen; ein anderer legte die baptistischen Anschauungen über die Wiedergeburt dar und noch ein anderer behandelte die Trennung von Kirche und Staat. Es wurde beschlossen, solche Tagungen zu wiederholen.

Am 1. Juni konnte die brasilianische Episkopalkirche ihr 40jähriges Bestehen feiern. Sie ist ein Ableger der Bischöflichen Kirche von Nordamerika, gehört also in den anglikanischen Kirchenkreis hinein. Vor 40 Jahren wurde der erste Gottesdienst in Porto Alegre gehalten. 1900 bekam die junge Missionskirche ihren ersten Bischof in der Person des Nordamerikaners Lucien Lee Kinsolving, der erst vor kurzem verstorben ist. Ihr Hauptarbeitsgebiet ist der Staat Rio Grande do Sul, der ihr von den Presbyterianern seinerzeit überlassen wurde, aber auch in Santos, S. Paulo und Rio de Janeiro hat sie Gemeinden; sie unterstützt ferner die Missionsarbeit der Episkopalkirche in Portugal und beteiligt sich an der interdenominationalen Missionsarbeit unter den Cayua-Indianern in Mato Grosso. Sie missioniert ferner unter den Japanern im Staate S. Paulo. In Porto Alegre besitzt sie eine höhere Knabenschule und ein theologisches Seminar. Trotz 40jähriger Arbeit ist die Episkopalkirche in Brasilien ein kleiner Kirchenkörper; zu ihr gehören 3245 Abendmahls Gäste, 6009 Konfirmierte, rund 10 000 Anhänger; in 53 Sonntagschulen wurden insgesamt 3234 Kinder gesammelt; die 23 Frauengemeinden zählten 1423 Mitglieder; im Seminar sind 5 Studierende. 30 Geistliche, 27 Kirchen, 7 Gemeindefälle und 7 Pfarrhäuser stehen im Dienst dieser Kirche. Ueber 200 Contos wurden 1928 für kirchliche Zwecke aufgebracht. Das Organ der Episkopalkirche zählt 1200 Bezirker.

Neuerdings erschien ein Buch eines Geistlichen dieser Kirche, Salomao Ferraz in S. Paulo, über die „Heilige katholische Kirche“. Der Verfasser setzt sich in Einklang mit den Einigungsbestrebungen seiner Kirche stark für die Einigung der Kirchen ein und hofft sogar auf Beteiligung der römisch-katholischen Kirche an der Einigung in „Christus“. Sein Buch hat von dem Schriftleiter des Methodistentablats „Expositor Christao“ wegen seiner romanisierenden Tendenzen eine scharfe Kritik erfahren.

Im August werden auf außerordentlichen Versammlungen der drei Synoden der Methodististen die 15 Vertreter des brasilianischen Methodismus gewählt, die zusammen mit den 5 Abgeordneten der nordamerikanischen Mutterkirche (Südliche Bischöfliche Methodististenkirche) die Verfassung der künftigen, selbständigen brasilianischen Methodistischen Kirche beraten sollen. Natürlich werden trotz der Verselbständigung geistliche und finanzielle Bande den brasilianischen Methodismus mit der nordamerikanischen Mutterkirche verbinden. Zum Bischof der neuen Kirche ist Dr. Tarbov aussersehen, der lange Jahre als Missionar in Brasilien gearbeitet hat.

Die Presbyterianerkirche Brasiliens zählte 1929 29 503 erwachsene Mitglieder und 25 316 Kinder. Sie ist also die zweitgrößte protestantische Kirche in Brasilien, während die Baptisten mit etwa 32 000 getauften Mitgliedern an der Spitze marschieren. Für Kultus und Armenpflege wurden 192 Contos de Reis gegeben, für Pfarrgehälter 422 235 Milreis, für die Mission (in Brasilien, an den Indianern und in Portugal) 157 280 Milreis, für die Unkosten der Generalversammlung 66 875 Milreis, für Volksmission 529 316 Milreis, für die Presse 10 530 Milreis; für verschiedene Zwecke 311 010 Milreis, insgesamt 1 689 764 Milreis. Der Haushalt der Gesamtkirche für 1930 und 1931 balanziert mit 218 780 Milreis, davon sind für Pensionen über 22 Contos vorgesehen, für das offizielle Blatt „O Puritano“ 36 Contos, für die Indianermission 19 Contos, für die beiden Seminare und die interdenominationalen Theologische Schule in Rio de Janeiro 122 Contos. Die Haupteinnahmen werden mit 158 Contos aus den Gemeinden erwartet, dazu kommen Einnahmen aus dem Vermögen der Seminare in Höhe von beinahe 40 Contos.

Auf der Generalversammlung der Presbyterianer im Februar beschloß man, das neue Gesangbuch innerhalb Jahresfrist fertigzustellen. Frauen sollen wohl in der Armenpflege, in der Sonntagschule und sonst in der Gemeindegemeinschaft verwendet, aber zu keinem kirchlichen Amte ordiniert werden. Alle zwei Jahre soll in der ganzen Kirche ein Evangelisationsfeldzug stattfinden, zu dem genaue Pläne ausgearbeitet werden sollen. Die Versammlung sprach sich für Festhalten an der bestehenden brasilianischen Ehegesetzgebung aus, die keine Ehe-scheidung kennt, trotzdem sie im Evangelium erlaubt sei. Ferner sprach sich die Versammlung günstig aus über die Pläne, einen Kirchenbund der Kirchen in Brasilien und einen solchen für alle lateinamerikanischen protestantischen Kirchen zu schaffen.

Sowohl der „Puritano“ als auch andere evangelische Blätter wie die neue interdenominationalen Zeitschrift „Lucerna“, das brasilianische Organ der Missionsmethode „Mensagem Luterana“ und das Kongregationalistenblatt „O Christao“ haben unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden. Ihnen sucht man zu begegnen, indem man einen Freundeskreis sammelt, der besondere finanzielle Opfer für das Blatt bringt, oder indem man Werbefeldzüge durch das ganze Kirchengebiet organisiert; so haben es die Methodististen gemacht; oder es wird ein Referendums gesammelt, wie es die Episkopalen getan haben. Alljährlich findet in den einzelnen Denominationen ein Pressesonntag statt, dessen Kollektenertrag den offiziellen Organen zugute kommt.

Die Kongregationalisten haben sich im Mai auf ihrer Generalversammlung eine neue Verfassung gegeben. Selbstverständlich haben sich diese eingefleischten Verfechter der Freiheit der Einzelgemeinden gezwungen, in dieser neuen Verfassung den Autoritätsgedanken stärker als

bisher zu betonen, indem sie sowohl dem geschäftsführenden Ausschuss als auch der Generalversammlung größere, die Selbständigkeit der Ortsgemeinden beschneidende Befugnisse gaben. Eine höhere Knabenschule und ein Verlagshaus sollen geschaffen werden. Bemerkenswerterweise gab der Referent, der über die Haltung der Kongregationalisten zu den Einigungsbestrebungen im brasilianischen Protestantismus zu sprechen hatte, seinen Bedenken lebhaften Ausdruck. Sie gipfelten in der Meinung, daß eine so kleine Kirche wie die Kongregationalisten bei der Zusammenarbeit mit den großen Kirchenkörpern mehr Opfer zu bringen als Vorteile zu erwarten habe. Die Ausschließlichkeit der Baptisten, die sich von all diesen Bestrebungen fernhalten, sagte ihm mehr zu. Der Haushalt der Gesamtgemeinschaft balanzierte für die drei Jahre 1928—1930 mit 86 770 Milreis.

Im Oktober soll eine interdenominationalen protestantische Konferenz in Rio de Janeiro stattfinden. In vier Abteilungen sollen behandelt werden Evangelisation, Presse und Literatur, Führerausbildung und Sozialarbeit der Kirchen. Jedenfalls wird man auf diesem Kongress versuchen, die Pläne zur Schaffung eines Verbandes der evangelischen Presse und eines brasilianischen Kirchenbundes der Verwirklichung näher zu führen.

Candelaria.

R. Becker.

Wilhelm Mensching: „Im vierten Erdteil“.

(Kulturfragen Amerikas.)

Der Untertitel: Kulturfragen Amerikas könnte das Vorurteil erwecken, als hieße das Büchlein nicht mehr als einen der üblichen Reiseberichte über die Zustände in den Vereinigten Staaten. Ich kam von Wiemanns „Besinnlicher Reise nach Brasilien“, als ich Menschings Schrift zum zweiten Mal las. So empfand ich noch mehr als beim ersten Mal den angenehm auffallenden Unterschied zwischen einem Buche, in dem auf der Grundlage scharfer Beobachtungen und in die Tiefe gehender Gespräche mit Ausländern „um der Menschheit große Gegenstände, um Freiheit und um Herrschaft wird gerungen“, und der liebenswürdigsten, aber nirgend in die Tiefe gehenden Plauderei des üblichen Nord- oder Südamerikafahrers. Mensching, der Deutsch-Ostafrika, Indien und die Vereinigten Staaten als seine Schule rühmen darf, nötigt uns fortwährend Fragen auf, und jeder Gebildete mit etwas geweitetem Horizonte kommt auf seine Rechnung; er braucht darum nicht Missionsfreund, Kirchenmann, Abstinenzler oder Pazifist zu sein wie der Verfasser. Dem Politiker geben schon einige Zahlen zu denken: New York mit seinen 200 000 Negern, wohl die Hauptstadt der schwarzen Welt; 500 Negerregierungen in den Vereinigten Staaten; der Appell der Afrikaner an ihre nordamerikanischen Rassegenossen auf dem 4. (sic!) Panafrikanischen Kongresse. Die Vereinigten Staaten mit ihrer Durch-einanderwürfelung von Weiß, Schwarz, Gelb und Rot werden vielleicht einmal die eigentliche Wahlstatt der Auseinandersetzung zwischen den Rassen sein, und diese Stunde wird kommen, ehe Europa es ahnt. Der Missionsfreund muß derbe Wahrheiten hören. So aus dem Munde des sympathischen chinesischen Studentenfreitars: „Lebe, wie du bekenntest, Christenheit!“ Oder von dem indischen Mohammedaner das scharfe Urteil: „Mohamed sei der Mann des wirklichen Lebens, mit dem Schwerte in der Hand der bessere Prophet als Jesus und werde so auch von der Christenheit durch ihr tatsächliches Verhalten, nur nicht mit dem Bekenntnisse des Mundes anerkannt. Oder ein Neger führt den die evangelische Mission beschämenden Nachweis, daß der zum Islam übergetretene Neger bei seinen andersrassigen Religionsgenossen Bruderschaft finde, der zum Christentum übergetretene dagegen bei den nordamerikanischen Christen nicht (im römisch-katholischen Südamerika besitzt der Neger bekanntlich ein höheres Maß von Gleichberechtigung; hier wird die Brücke durch die Mischlinge gebildet, die z. B. in Brasilien im Heere, bei der Polizei und im übrigen Beamtenkörper beachtliche Stellen bekleiden). Der Kirchenmann kann aus Menschings Beobachtungen Trost für die Zukunft schöpfen, sofern er den Mut hat, gründlich umzulernen. Paßt ihm letzteres nicht, so wird er nur die schwachen Punkte im kirchlichen Leben der Nordamerikaner sehen, z. B. die Vergötterung des Sternbanners, das seinen Platz am Altar hat wie der Götz im Heidentum, und das bei den gegen die staatsgebundene deutsche Kirche gern spottlustig angehenden Amerikanern! Wer einen tieferen Einblick nimmt, sieht z. B., wie vorbildlich stark in der amerikanischen Frömmigkeit die Beziehung zu den Fragen der Volkssittlichkeit ist, oder hört mit Staunen die Feststellung des deutschen Ingenieurs: „Wer in Amerika an das Volk heran will, muß es durch die Kirchen machen.“ Was leisten aber auch diese z. B. durch ihre Fürsorge für die Förderung der Begabten oder für religiös sittliche Kultur durch das Instrument der Sonntagschule. Auch wer nicht vom baldigen Weltfrieden träumt, wird dem Verfasser gern recht geben, wenn dieser behauptet, das International-House der Quäker leiste mehr als 100 Friedenskonferenzen. Wer nicht Alkohol-Interessent ist, wird sich dem Eindrucke nicht verschließen können, daß angesichts der Tatsache völliger Alkohol-Abstinenz von 1/4 Milliarden Menschen auf mohammedanischem und buddhistischem Boden die Alternative: Alkohol-Knechtschaft oder Freiheit eine Weltkulturfrage ist.

Zic. Kr.

*) Verlag Hans Harber, Wernigerode (Harz).

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Missionspolitik: Dr. S. Huttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelbach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 9011/3016, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.